

# Sachstand Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Einsatzkräfte“

-- > Umsetzung der Dienstvereinbarung zum Sicherheitskonzept der Stadtverwaltung Dortmund

## 1 GRUNDLAGE

---

Ende 2019 wurde durch den FBL 37 festgelegt, dass die Regelungen der Dienstvereinbarung zum Sicherheitskonzept der Stadtverwaltung Dortmund für den Fachbereich schnellstmöglich umgesetzt werden müssen. Dazu wurde im Rahmen einer Direktionsbesprechung die Besetzung einer internen Arbeitsgruppe festgelegt. Der Auftrag war das Sicherheitskonzept im Fachbereich, das bedeutet für die Feuerwehr, den Rettungsdienst und den Einheiten des Katastrophenschutzes sowie der Verwaltung, auszurollen.

Des Weiteren sollten die Maßnahmen und Planungen beschrieben werden und als Vorlage in den Verwaltungsvorstand eingebracht werden.

Ende 2019 bis Januar 2020 musste ein Großteil der in die Arbeitsgruppe berufenen Mitarbeitenden für die Vorplanung und Durchführung der Evakuierungsmaßnahmen um die Blindgängerverdachtspunkte an den Kliniken im Innenstadtbereich eingesetzt werden. Zu diesem Zeitpunkt wurden diverse pflichtige Aufgaben nicht wahrgenommen, da die Vorplanungen im Fokus standen. Im Frühjahr 2020 wurde ein erstes Auftakttreffen mit einem erweiterten Teilnehmerkreis durchgeführt und mögliche Schnittstellen sowie Probleme besprochen. Mit Beginn der Corona-Pandemie Anfang 2020 mussten dann sämtliche Personalressourcen für die Bewältigung der Pandemie eingesetzt werden, sodass die Aktivität der Arbeitsgruppe auf ein Mindestmaß reduziert wurde. Ein weiteres Problem waren die umfangreichen Kontaktbeschränkungen.

Seit Mitte 2021 beschäftigt sich der Bereich 37/6 intensiver mit dem Thema. Ein Sachstand und eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen können nun mit diesem Bericht gegeben werden.

## 2 SACHSTANDSERHEBUNG

---

### 2.1 INTERVIEW-GESPRÄCHE (INTERN/EXTERN)

Durch Holger Herlinghaus und Tim Seiffert wurden verschiedene Gesprächspartner gesucht. Ziel war es, ein breites Meinungsbild zu erzeugen, um Probleme und Schnittstellen besser erkennen zu können. Es wurde Kontakt zum Verein für den Täter-Opfer-Ausgleich, zum Beauftragten der Polizei Dortmund, zur Staatsanwaltschaft Dortmund und zu drei Kollegen der Feuerwehr Dortmund aufgenommen. Die Gespräche wurden in Form von strukturierten Interviews durchgeführt. Die Gesprächspartner hatten vor dem jeweiligen Termin eine Reihe von Fragen erhalten, damit sie sich auf den Termin einstellen konnten.

Die Erkenntnisse können als großer Erfolg bezeichnet werden. Die internen Gesprächspartner haben einen tiefen Einblick in die Abläufe im Fachbereich offenbart, bei denen schnell klar wurde, dass Strukturen geschaffen werden müssen, um die Mitarbeitenden direkt zu begleiten und damit in einer Frühphase zu helfen. „Niemand ist zuständig“, ist eine der Aussagen der Befragten und so vergeht Zeit und die Mitarbeitenden identifizieren sich nicht mehr mit dem Verfahren des Dienstherren.

Ein großer Erfolg war das Gespräch mit Bernd Kozicke. Herr Kozicke ist beauftragte Person der Polizei Dortmund. Diese Stelle begleitet alle Vorfälle, die dem Bereich Widerstandshandlung gegen Vollzugskräfte zuzuordnen sind. Einmal täglich werden Vorfälle aus dem Lagebericht der Polizei herausgesucht. Im Anschluss geht Herr Kozicke aktiv auf die Mitarbeitenden zu und bietet Hilfe an. (Die Betroffenen werden auch zu Hause kontaktiert) Dieses Angebot umfasst mehr als nur die Nachsorge. Alle Probleme die sich aus dem Vorfall ergeben, werden unterstützend begleitet. Die Stellung als Stabsstelle beim Polizeipräsidenten ermöglicht es ihm, in allen Bereichen den richtigen Ansprechpartner direkt zu kontaktieren. Er hat keine Berichtspflicht gegenüber Vorgesetzten. Herr Kozicke berichtet davon, wie sehr sich die Mitarbeitenden mit diesem Angebot identifizieren und wie es angenommen wird.

Im Nachgang zu diesem Gespräch konnte erreicht werden, dass die Gewaltvorfälle gegen Feuerwehr und Rettungsdienst nun auch in einem Kriminalkommissariat bearbeitet werden, sodass dort auch die notwendige Fachkenntnis und der Ermittlungswillen gegeben sind. Ein weiterer Vorteil ist, dass so ein feststehender Ansprechpartner zur Verfügung steht, um Informationen auszutauschen und evtl. im Nachgang noch einzubringen. So können die betroffenen Mitarbeitenden frühzeitig über den Ermittlungsstand informiert werden.

Das Gespräch mit der Staatsanwaltschaft Dortmund hat ergeben, dass in Folge der Anfrage und der schriftlichen Problembeschreibung, intern festgelegt wurde, dass schwerere „Widerstandshandlungen“ gegen Vollzugskräfte jetzt gebündelt bearbeitet werden und der Oberstaatsanwalt Range in seinem Bereich zuständig ist. Zusätzlich erklärte er, warum viele Fälle dieser Art frühzeitig wegen mangelnden öffentlichen Interesses eingestellt werden. Diese Gründe sind nachvollziehbar und bedeuten nicht, dass der Staat kein Interesse daran hat die Mitarbeitenden von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst zu schützen, sondern dies ein Oberbegriff dafür ist, dass die Tat in der Kombination von Schwere und Beweismöglichkeiten außer Verhältnis zum Aufwand einer Beweisführung stehen.

## 2.2 BETRACHTUNG DER INTERNE VERFAHREN

### 2.2.1 Meldung gemäß Meldeerlass

Anfangs konnte festgestellt werden, dass regelmäßig keine Sofortmeldungen durch den Lagedienst durchgeführt wurden. Die Notwendigkeit der Meldung vom Disponenten an den Lagedienst war innerhalb der Leitstelle nicht immer eindeutig oder zumindest nicht allen Mitarbeitenden bekannt. Insbesondere in den Nachtstunden sind Vorfälle „im Betrieb“ untergegangen. Nachdem dann fallbezogen intensiver nachgeforscht wurde, konnten die Abläufe in der Leitstelle präzisiert werden. Seither ist nicht bekannt, dass ein Vorfall nicht ordnungsgemäß bearbeitet wurde.

Ein Problem waren aber auch Mitarbeitende auf den Rettungsmitteln, die das Nachfordern der Polizei als „Bescheid sagen“ verstanden haben.

### 2.2.2 Information der Zuständigen und Vorgesetzten

Ein Problem war bei der Einführung der Datenbank Gefährdung & Sicherheit die nicht breit gestreute Information darüber. Die Einführung blieb in großen Teilen der Feuerwehr unbekannt. An verschiedenen Stellen wunderte man sich über die sinkende Anzahl der Meldungen.

Dennoch werden durch das elektronische Meldeverfahren nicht alle notwendigen Personen informiert. Die Meldung verlässt über den Dienstweg Team- bzw. Wachleiter, Bereichsleiter sowie Fachbereichsleiter den Fachbereich 37. Wie außerhalb des FB 37 mit der Meldung umgegangen wird, unterliegt keiner automatisierten Rückmeldung an die beteiligten Stellen.

Zurzeit werden schwerwiegendere Vorfälle bei 37/AQ, Frau Schieber, nachbereitet und ein Strafantrag unter Beteiligung des Rechtsamtes vorgenommen. Bei einigen Fällen konnten bereits Informationen zum Verfahrensstand eingeholt und an die Mitarbeitenden weitergeleitet werden. Dies ist aber weiterhin eher der Einzelfall.

## 2.3 UMSETZUNG VON PRÄVENTIONSMAßNAHMEN

Seit dem Besuch eines Workshops durch sechs Mitarbeitende der Feuerwehr im Jahr 2020 wurden keine weiteren Maßnahmen geplant oder umgesetzt. Präventionsmaßnahmen finden nicht statt.

## 2.4 UMSETZUNG TYPISCHER ARBEITSCHUTZBESTIMMUNGEN

Gemäß TOP-Prinzip müsste der Unternehmer zunächst technische Schutzvorkehrungen, dann organisatorische Schutzmaßnahmen und erst dann das persönliche Verhalten zu Schutz der Mitarbeitenden vorgeben bzw. dort ansetzen. Diesbezüglich müssen weitergehende Maßnahmen gesucht und beurteilt werden.

# 3 ERKENNTNISSE

---

## 3.1 FALLZAHLEN

Es besteht der Verdacht, dass nicht nur die Zahl der Vorfälle stetig steigt, sondern durchaus auch die Schwere der Vorfälle. Im Jahr 2020 und 2021 gab es mehrere Übergriffe, bei denen Mitarbeitende verletzt wurden.

Darüber hinaus wurden auch Sachgegenstände der Stadt Dortmund beschädigt.

Genaue Zahlen liegen dem Verfasser nicht vor.

## 3.2 ALLGEMEINE ANWENDBARKEIT DES MELDESYSTEMS

Es zeigt sich zunehmend eine fehlende Akzeptanz gegenüber dem aufwendigen Meldesystem, welches gemäß der Meinung vieler Mitarbeitenden der Feuerwehr sowie der Hilfsorganisationen, umständlich gestaltet ist und für eine Vielzahl an Vorfällen „auf der Straße“ ungeeignet ist. Insbesondere der notwendige Zugang zu Lotus Notes ist flächendeckend nicht gegeben, muss aber dennoch angewendet werden.

Des Weiteren berichteten nahezu alle Mitarbeitenden, mit denen Kontakt aufgenommen wurde, dass am Ende einer Meldung kein Erfolg erzielt wird. Ein Erfolg im Sinne, einer guten Begleitung der geschädigten Mitarbeitenden durch die zuständigen Stellen, wie zum Beispiel BAGM oder das Rechtsamt. Bei der Vielzahl an Vorfällen, die sich im Aufgabenbereich der Feuerwehr bzw. des Rettungsdienstes ergeben, musste zurückliegend viel Einsatz in die strukturierte Nachbearbeitung der Vorfälle investiert werden. Für die direkten Vorgesetzten, die das Verfahren eigentlich begleiten müssen, ist es sehr schwer den richtigen Ansprechpartner in der Stadtverwaltung Dortmund zu finden.

### 3.3 PRÄVENTIONSMAßNAHMEN

In der Vergangenheit wurde immer mal wieder versucht im Rahmen der Prävention s.g. Deeskalationstrainings anzubieten. Diese wurden i.d.R. im Rahmen der Rettungsdienstfortbildung angeboten. Eine fortlaufende Vorbereitung der Mitarbeitenden auf Gefahrensituationen erfolgte nicht. Es stellt sich zudem die Frage, ob ein einmaliges Angebot, auch wenn dies einmal jährlich durchgeführt würde, effektiv ist. Aus Sicht der Arbeitsgruppe ist dies nicht der Fall. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob der Ansatz der Deeskalation der Richtige ist. Grundsätzlich ist ein deeskalierendes Auftreten immer gut und durch den Dienstherrn gewünscht. Dennoch zeigen die meisten Fälle im Rettungsdienst, dass die Gefahrensituation nicht oder nur geringfügig erkennbar war. In den meisten Fällen liegt seitens des Täters ein Alkohol- oder Drogenmissbrauch vor. Daher ist die Situation ohnehin kaum berechenbar. Der zu wählende Ansatz, ist aus Sicht der Arbeitsgruppe so, dass die Mitarbeitenden auf genau diese Situationen besser vorbereitet werden. Um die Mitarbeitenden vorzubereiten sind Präventionsmaßnahmen unumgänglich und müssen in den Dienstbetrieb integriert werden. Dabei ist besonders auf die Belange der verschiedenen Bereiche des Rettungsdienstes zu achten, wie zum Beispiel auf die Hilfsorganisationen.

Immer wieder wird der Einsatz von schuss- und stichsicheren Westen im Rettungsdienst angesprochen. Die Arbeitsgruppe vertritt die Meinung, dass diese Diskussion durchaus regelmäßig geführt werden darf. Durch diese Diskussion wird das Thema erneut geprüft. Grundsätzlich sind dabei aber auch viele Aspekte zu berücksichtigen. Insbesondere die breite Akzeptanz bei den Mitarbeitenden. Sollte eine entsprechende Weste zur Verfügung gestellt werden, ist diese als erweiterte PSA anzusehen und dann bei entsprechendem Gefährdungspotenzial auch zu tragen. Zu betrachten ist dann die Frage, welche Auswirkungen es haben kann, wenn Mitarbeitende verletzt werden, in dieser Situation die Weste aber nicht getragen haben. Außerdem wird davor gewarnt den Rettungsdienst mit einer Weste auszustatten, da diese als „Kampfansage“ bei potenziellen Tätern gewertet werden kann.

## 4 FAZIT

---

Weder im Bereich der Prävention noch die Nachsorge sind ausreichend gut aufgestellt. Das Meldesystem, welches sich aus der Dienstvereinbarung zum Sicherheitskonzept ergibt, ist aus Sicht der Arbeitsgruppe nicht zielführend und für den Fachbereich 37 ungeeignet. Für eine effektive Begleitung der Mitarbeitenden nach einem Vorfall muss eine feststehende Person zur Verfügung stehen, die den weiteren Weg verwaltungsintern und sozial begleitet. Betroffene und Führungskräfte benötigen regelmäßig Hilfe bei der Nachbereitung von Vorfällen. Ziel muss es sein eine größere Akzeptanz zu schaffen.

Die zum jetzigen Zeitpunkt in den Meldeprozess eingebundenen Mitarbeitenden des FB 37 sind zeitlich nicht in der Lage die hohe Anzahl an Vorfällen zu begleiten. Die weitere Entwicklung dieses Themenbereiches wird einen hohen Arbeitseinsatz erfordern, bei dem es keinen Sinn macht sich einmal in der Woche für wenige Stunden damit zu beschäftigen.

Die Netzwerkpflege zur Staatsanwaltschaft und zur Polizei muss beibehalten werden bzw. ausgebaut werden!

## 5 EMPFEHLUNG

---

- Schnellstmögliche Freistellung eines Beauftragten für Gewaltprävention und Nachsorge im FB37. Als Aufgabe ist die weitere konzeptionelle Arbeit im Themenbereich zu verstehen und die Übernahme der Funktion des zentralen Ansprechpartners (vgl. Polizei Dortmund).

Aufgabenkurzübersicht:

- Implementierung des Sicherheitskonzeptes im FB 37
  - Anpassung des SiKo auf fachbereichsbezogene Besonderheiten und Belange
  - Dokumentation, Statistik und Berichtswesen
  - Begleitung von Betroffenen bei entsprechenden Vorfällen
  - Schnittstellenmanager zwischen Dienststelle (steht auch FF, HO und Unternehmen im RD), Vorgesetzten, externen Behörden und dem betroffenen Mitarbeitenden (Single Point of Contact)
  - Entwicklung und Etablierung von Umsetzungskonzepten sowie Präventionsmaßnahmen
  - Implementierung einer elektronischen Vorgangsbearbeitung mit vereinfachtem Meldesystem (z.B. iMEG)
- Ausbau des Netzwerks zwischen der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Feuerwehr, um gegenseitig im Austausch zu bleiben und neue Ansätze in diesem Bereich direkt flächendeckend umzusetzen.
- Entwicklung eines Meldesystems, welches den Bedürfnissen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes entspricht und eine zielgruppengerechte Statistik erzeugt wird, aus der sich dann auch Maßnahmen ableiten lassen. Außerdem sollten dabei Ziele und Vorhaben auf der Landesebene Berücksichtigung finden.
- Schaffung einer Arbeitsgruppe Prävention. Das Ziel ist ein regelmäßiges Training im Dienstbetrieb durch eine Trainergruppe umzusetzen. Zum Beispiel kann der Dienstsport auf den Wachen entsprechend gestalten werden. Es geht dabei nicht um Kampfsport, sondern um Körperhaltung und das Erkennen von Gefahrensituationen. Es erfordert Training, wenn eine Situation bedrohlich erscheint, eine Versorgung von Patienten aber durchgeführt werden muss. Es zählt die Flucht zu ermöglichen und evtl. den ersten Schlag zu erkennen bzw. abzuwehren.
- Für Bereiche, wie z.B. die Rettungsdienstgebührenstelle, wird empfohlen technische Maßnahmen zu veranlassen, die die Möglichkeit bieten, dass andere Kollegen die Gefahrensituation mitbekommen. Eine „rote Taste“ am Telefon oder ein Alarmrufsystem sind zu prüfen. Des Weiteren sollten Festlegungen getroffen werden, an welchem Ort und unter welchen Bedingungen ein Bürgergespräch stattzufinden hat.